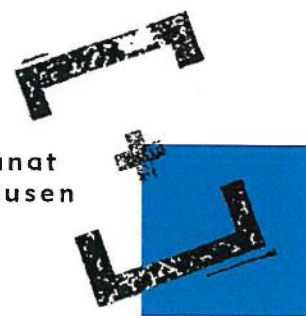


Herrn
Dirk Vöpel, MdB
Rombacher Str. 5b
46049 Oberhausen

Stadtdekanat
Oberhausen



Sehr geehrter Herr Vöpel, *lieber Dirk,*

mit großer Sorge verfolgen wir die aktuellen gesetzgeberischen Aktivitäten der Bundesregierung zur Abschaffung des § 219a StGB.

Erst in der letzten Legislaturperiode wurde dazu eine neue Regelung geschaffen. Aber der nach langem Ringen gefundene Konsens soll nun aufgekündigt werden, mit dem Grund, ein vermeintlich bestehendes Informationsdefizit für Frauen zu beseitigen.

Natürlich müssen korrekte und sachliche Informationen vorhanden sein. Listen mit Arztpraxen, die diese Leistung anbieten, sind im Internet abrufbar. Aus unserer Sicht reicht das. Rund 100.000 Abtreibungen pro Jahr sprechen dafür. Ein Werbeverbot verhindert vermutlich keine einzige Abtreibung, aber die Werbung dafür kann dazu führen, dass es mehr werden. Unser Ziel ist, das möglichst viele Frauen und Paare sich für ein Kind entscheiden und eben möglichst wenige zum äußersten Schritt greifen. Vermutlich teilen wir dieses Ziel.

Wir befürchten aber, dass es das eigentliche Ziel ist, den § 218 StGB abzuschaffen und die Abtreibung als eine normale Methode der Familienplanung, als „Gesundheitsleistung wie alle anderen“ einzustufen. Dieses Ziel wird von einigen Parteien auch offen so benannt. Diesem Ansinnen stellen wir uns entschieden entgegen.

Aufgabe des Gesetzgebers ist laut Grundgesetz der unbedingte Schutz des Lebens und das Eintreten für die Rechte der Schwachen und Wehrlosen in der Gesellschaft. Dies gilt in ganz besonderer Weise für das ungeborene Leben, das noch keine eigene Stimme hat.

Die Abschaffung mit dem Recht auf Selbstbestimmung der Frau zu begründen, ist aus unserer Sicht in mehrfacher Hinsicht zu hinterfragen. Zum einen sollte in der Entscheidung der Vater des werdenden Kindes einbezogen sein. Zum anderen geht es im Kern um eine Güterabwägung zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Frau auf der einen Seite und dem Schutz des ungeborenen Lebens auf der anderen Seite. Nach unserer Auffassung findet hierbei das zweifelsohne hohe Gut der Selbstbestimmung seine Grenze, da die Freiheit und Selbstbestimmung eines anderen Menschen, und sogar dessen Leben, bedroht sind. Im

Zentrum unserer Bemühungen stehen sowohl der Schutz des ungeborenen Lebens als auch das Wohlergehen der Eltern.

Denn natürlich wissen wir um die schwierige Situation, die existenziellen Sorgen, in denen sich Frauen und Paare befinden, die sich mit der Frage einer Abtreibung beschäftigen. Unser gesellschaftlicher Auftrag ist es, ihnen die Ängste und Sorgen zu nehmen, damit sie sich für das Leben des ungeborenen Kindes entscheiden können. Wir als katholische Kirche helfen dabei mit konkreten Unterstützungsangeboten, z. B. seitens der Caritas mit Beratung, Gruppenangeboten und materiellen Hilfen.

Das Werbeverbot und die Pflichtberatung sind wichtige und die einzigen Hürden, die der Gesetzgeber aufgestellt hat, um eine Abtreibung zu verhindern und dem grundgesetzlich verankerten Schutz des Lebens Geltung zu verschaffen. Die Abschaffung des Werbeverbotes wäre ein wesentlicher Schritt hin zur Normalisierung einer Abtreibung. Eine Abtreibung wird aber in den seltensten Fällen normal sein. Nicht für diejenigen, die ein Kind auf diese Weise verlieren und auch nicht für diejenigen, die am Eingriff beteiligt sind. Es ist eben kein medizinischer Eingriff wie jeder andere.

Der Schutz des Lebens – gerade am Anfang und Ende - ist unser Auftrag als Christen. Wir wollen nicht in einer Gesellschaft leben, in der das Leben gänzlich als eigene Verfügungsmasse gesehen wird, das nach Belieben beendet und gestaltet werden kann.

Wir glauben, dass uns das Leben von Gott geschenkt ist. Ein so wertvolles Geschenk, das es – bei allen möglichen Schwierigkeiten – anzunehmen gilt. Weil jedes Leben wert ist, es zu leben. Darauf sollten wir unsere Kraft konzentrieren, den Menschen zur Seite zu stehen, damit Leben gelingen kann.

Wir bitten Sie daher eindringlich, gegen die Streichung des Paragraphen 219a StGB zu stimmen und auch in Ihrer Fraktion für die Beibehaltung des gefundenen Kompromisses zu werben.

Gern stehen wir Ihnen zu einem persönlichen Gespräch zur Verfügung. Bei Interesse vermitteln wir auch ein Gespräch mit den Beraterinnen der Caritas, die Ihnen gern einen Einblick in ihre tägliche Arbeit geben.

Mit freundlichen Grüßen



André Müller
Stadtdechant



Thomas Gäng
Katholikenratsvorsitzender